Globalisierungskritik muss wieder links werden

Gedankenskizze von Ernst Ulrich von Weizsäcker ExMdB (SPD)

Ehemals Vorsitzender der Bundestags-Enquetekommission Globalisierung

November 2018

Das Wort Globalisierung ist erst nach der weltpolitischen Wende von 1990 (ende des Ost-West-Konflikts) in die Sprachen der Welt aufgenommen worden. Bis 1990 lag es im Interesse des Kapitals, sich mit den demokratisch legitimierten Staaten gut zu stellen, denn diese hatten die (notfalls militärische) Kraft, als Bollwerk gegen die Ausbreitung des Kommunismus zu fungieren, - und letzterer war für das Kapital natürlich viel schlimmer als ein westlicher Staat, welcher eine steuerliche Umverteilung und eine sozialpolitische Gerechtigkeitspolitik ausübte. Nach 1990 wurde das Kapital arrogant (in Großbritannien, USA, Neuseeland und wenigen anderen Ländern schon etwa seit 1980).

Die Kritik an dem arrogant vorgehenden neuen Kapitalismus kam natürlicherweise von links und hatte zumindest zeitweise den Charakter einer weltweiten Volksbewegung (z.B. "Blockupy", mit Schwerpunkt Frankfurt). Die politisch rechts orientierten Parteien traten nach 1990 fast geschlossen für Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung usw. ein, und das waren die rechtlichen Hebel zur Stärkung der Globalisierung.

Seit etwa 2015 hat sich hier fundamental etwas geändert. In praktisch allen Industrieländern traten neo-nationalistische Bewegungen und Parteien auf den Plan, fast durchweg ausgelöst durch die Flüchtlingsströme. Wohl in der Erkenntnis, dass dieses Thema die Bewegung auf Dauer nicht tragen kann, sind manche rechte Meinungsführer dazu übergegangen, ihr emotionales Gift gegen "die da oben" und insbesondere gegen die Finanzeliten zu versprühen und damit die Globalisierungskritik für sich zu reklamierten. In den Medien erhielten sie damit eine unverhältnismäßig große Sichtbarkeit, während die linke Kritik keinen Neuigkeitswert mehr hatte und zumindest publizistisch weitgehend verdrängt wurde.

Nun ist aber das Antwortpotenzial der neuen Rechten gegenüber der Globalisierung strukturell töricht, ja kontraproduktiv. Wirtschaftsnationalismus schwächt praktisch jeden Staat, insbesondere diejenigen Staaten, deren Wirtschaftskraft durch hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit getragen ist.

Ich sehe jetzt die Aufgabe des links-progressiven Lagers darin, für die Globalisierungskritik die Unterscheidung zwischen Rückzug ins nationale Schneckenhaus und "Arbeiter aller Länder vereinigt euch" neu zu etablieren. Letzteres natürlich mit den heutigen Themen und nicht denen des 19. Jahrhunderts, - also z.B.

- Obamas Agenda von Pittsburgh 2009 (Finanzmarktkontrolle war ja die primäre Absicht der Gründung der G20),
- Im internationalen Gütertransport und Tourismus müssen die Preise die ökologische Wahrheit sagen, (Transportsubventionen müssen als Dumping verstanden werden),
- Klimaschutz muss über WTO-Doktrin rangieren,
- Legitime Zölle: für arme Entwicklungsländer (für infant industries oder für Generierung von Steueraufkommen in Ländern, die noch kein ergiebiges internes Abgabensystem hinkriegen), also nicht für die rust belts der reichen Länder.

Die "Unterscheidung" allein bringt's aber nicht. Man muss konstruktive Ideen entwickeln, über die vier genannten Stichworte hinaus. Und man muss Allianzen zusammenbringen.

Dazu können Vertreter gemäßigt rechter Parteien gehören und vor allem Wirtschaftsvertreter, die darunter leiden, dass man durch Anstand auf die Verliererseite geraten kann, wenn die Konkurrenz gnadenlos Steueroasen ausschlachtet, Arbeiter ausbeutet, ökologische Zerstörungen anrichtet usw.

Es wäre wünschenswert, so eine Bewegung zunächst mal parallel zu Sarah Wagenknechts "Aufstehen" vorzubereiten, - ausdrücklich nicht in polemischem Absetzen gegen "Aufstehen", aber mit einem Inhalt gefüllt, der national und vor allem international Chancen hat, wirklich die Finanzmarktkontrolle und andere kräftige Korrekturen an der arroganten Art der Globalisierung voranzubringen.

Wer in der SPD hätte Lust und Kraft, sich diese Idee zu eigen zu machen und damit auch der SPD zu helfen, die lähmenden Eigenschaften der Großen Koalition abzuschütteln?

Adresse: ernst@weizsaecker.de